



RECHT AUF WAHRHEITSGEMÄßE INFORMATIONEN

Freiheit der Medien und freie Meinungsäußerung sind Grundpfeiler einer Demokratie

Können wir Bürger tatsächlich in den entscheidenden Fragen der Menschenrechte, unserer Gesundheit, unserer Nahrung, in Fragen von Krieg und Frieden, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handelns, umfassend mitbestimmen? Berichten die Medien frei und unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessensgruppen? Hat das Europäische Parlament überhaupt eine gesetzgeberische Funktion? Welche Rolle spielen Lobbyverbände der Großkonzerne im Machtpoker der nationalen und internationalen Politik? Sollten wir nicht hinterfragen?

1. Monopol über die Medien – eine extreme Gefahr für Demokratie und Freiheit

Kartellgesetze sollen Machtkonzentrationen verhindern. Tatsache ist jedoch: Medienriesen, wie AOL, Time Warner, Viacom, NBC Universal, Bertelsmann, Murdoch (News Corp.) bestimmen die internationale Berichts- und Unterhaltungswelt. Gleiches trifft für die großen Nachrichtenagenturen, wie Reuters, AP (Associated Press), NYT (New York Times News Service) zu. Sie entscheiden im Wesentlichen darüber, was den Menschen an Informationen zukommt. Dazu gehört nicht nur die tägliche politische und wirtschaftliche Beeinflussung, sondern auch die der immer mächtigere Dokumentations- und Unterhaltungsindustrie. Spiele und Shows aller Art, aufgebauschte Skandalberichte oder Dokumentationen und Kriegsberichterstattungen mit Halbwahrheiten und Verdrehungen können von wirtschaftspolitischen Problemen gut ablenken. Im Schatten einer solchen medialen Beeinflussung lässt sich relativ unbemerkt eine antidemokratische Politik umsetzen.

Hauptaktionäre dieses Medienkartells sind international agierende Großkonzerne, steinreiche Familien, Banken, Fonds oder Stiftungen. Sie verkörpern das Sprachrohr einer ungeheuren Kapitalkonzentration, vorrangig in den Händen des Finanz-, Energie-, Chemie-, und Pharmakartells, von Nahrungsmittel- und Wasserkonzernen, der Telekommunikations- und zunehmend der Software- und Überwachungsbranche. Ihr Ziel ist es, riesige Extraprofiten zu kassieren. Deshalb hat sich dieser Machtklüngel das Ziel gesetzt, die sozialen und demokratischen Errungenschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten mühsam in vielen Ländern erkämpft worden sind, rückgängig zu machen.

Die weltweite Finanz-, und Wirtschaftskrise bietet dazu das geeignete Umfeld. In Europa werden die so genannten Südländer gegen die Nordländer ausgespielt. Deutsche Industriekreise bereiten sich auf eine Welle der Wirtschaftsexpansion weiter gen Osten vor. Verfasst hat diese Großmachtstrategie zur Eroberung Europas bereits der Nazi-Jurist Prof. Walter Hallstein in den *Hallstein-Dokumenten*. Er war nach seiner sehr aktiven Nazi-Zeit der Gründungsvater und erster Präsident der Brüsseler EU. Die EU-



Abb. 1: Schlüsselbranchen ökonomischer Machtausübung

Politik ist eine Fortsetzung der alten Expansionspläne. Es sollen Bedingungen geschaffen werden, die Reste des noch freien Marktes und der Demokratie zu Fall zu bringen. Eine zentral gelenkte neoliberale Ordnung in Europa unter der totalitären Herrschaft von Monopolisten mit politischer und medialer Unterstützung, ist das Ziel (siehe „Die Nazi-Wurzeln der „Brüsseler EU“, www.nazi-roots-of-brussels-eu.org).

Elitäre Seilschaften, wie die bekannte *Bilderberg-Gruppe*, der *European Round Table of Industrialists (ERT)*, der *European Financial Services Round Table (EFR)* oder die Lobbyorganisation der europäischen Arbeitgeberverbände (*BusinessEurope*) dirigieren im Hintergrund. Zu den Treffen der „Bilderberger“ werden die mächtigsten Vertreter der Finanzwirtschaft, des Öl-, Chemie-, Pharmakartells, der Medienbranche sowie umsetzungswillige Regierungs- und Parteivertreter eingeladen. Im *ERT* sind die wichtigsten Manager europäischer multinationaler Konzerne vertreten (u. a. die deutschen Chemie- und Pharmakonzerne BASF, Bayer, aber auch ThyssenKrupp und Siemens, die Deutsche Telekom, der Energieriese E.ON und der Autokonzern BMW. Offiziell steht in dieser Umsetzungshierarchie die so genannte Troika aus EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Alle diese, nicht vom Volk legitimierten Interessensgruppen, bestimmen über ihre Lobbyisten die Politik der nationalen Regierungen und der EU. Wie bekannt, hat das Entscheidungsmonopol die EU-Kommission, nicht das EU-Parlament. Gleichzeitig werden nationale Volksvertretungen schrittweise entmachtet. Fakt ist auch, dass die Kapitalkonzentration in der Krise noch gewaltiger geworden ist. Heute verfügt eine Elite von 63 000 Vermögenden weltweit jeweils über mehr als 100 Millionen USD. Das ist ein Privatkapital von über 40 000 Milliarden USD (*The Wealth Report 2012*). Mafiaähnliche Strukturen zwischen Wirtschaftsbossen, Bankern, Politikern, Medien-Mogulen und sogar dem Rechtssystem dienen der Absicherung und Mehrung des Kapitals. Mächtige Wirtschaftsberatungs- und Anwaltskanzleien unterstützen hierbei. Pressemitteilungen werden auf Basis dieser „Expertenmeinungen“ bereitgestellt und eifrige Journalisten dienen deren – oft ungeprüfter – Verbreitung in den Medien. Das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative wird zunehmend unterlaufen oder ist in Auflösung begriffen. Nun wird auch erklärlich, dass eine Totalüberwachung der Bürger und vieler Unternehmungen sowie Organisationen im Interesse dieser „Machteliten“ erforderlich wird.

Gelingt es ihnen dann noch, das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen Europa und den USA durchzusetzen, dann dürfte wohl jedem Menschen klar werden, dass nicht mehr gewählte Parlamente und Regierungen die Macht haben, sondern multinationale Konzerne. Diese wären bei Umsetzung des TTIP sogar in der Lage, Vertragsstaaten zu verklagen, wenn diese nicht „mitspielen“ wollen. Millionen-Strafzahlungen könnten die Folge sein, die natürlich dem Steuerzahler aufgebürdet werden. Sogar bereits vorhandene Umweltgesetze, Sozialstandards, Nahrungsmittel- und Gesundheitsfestlegungen könnten außer Kraft gesetzt werden. Die Einführung von Gentechnikerzeugnissen oder die Privatisierung der Wasserversorgung ließe sich von Konzernen erzwingen. Einmal beschlossen, ist es nicht mehr möglich, dieses Freihandelsabkommen weder durch Volksentscheide, noch durch einen Regierungswechsel oder durch Protestaktionen rückgängig zu machen. Eine neue übernationale Rechtsordnung der Wirtschafts- und Finanzoligarchie ist etabliert, freier Markt und Demokratie abgeschaltet. Der Bürger ist vollkommen dem Diktat dieser Kartelle unterworfen. Der Staat hat seine Hoheit weitgehend abgegeben an die Wirtschafts- und Finanzeliten. Genau das ist das System einer Diktatur. Eine derartig lebensfeindliche, unfreie Entwicklung gilt es dringend zu stoppen, bevor es zu spät ist.

2. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Grundpfeiler der Demokratie

Laut **Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland** heißt es:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Eine Zensur findet nicht statt.“

Das Recht der freien Meinungsäußerung stellt als ein Grundpfeiler der Demokratie eine Grundvoraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt dar.

Auch in **Artikel 19 der UN-Menschenrechtscharta** ist dieser Grundsatz verankert: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“

Gilt dieses Recht aber auch, wenn Äußerungen öffentlich gemacht werden, in denen aufgedeckt wird, dass Konzerne mit einer rücksichtslosen Wirtschaftspolitik dem Gemeinwohl Schaden zufügen? Derartige „Behinderungen“ der Profitinteressen werden häufig mit Hilfe der Medien und erkaufte Rechtsanwaltskanzleien bekämpft, die Kritiker verleumdet, ihre Darlegungen verdreht oder auch ganz verschwiegen. Je mehr Profit in Gefahr ist, umso massiver wird vorgegangen.

Beispiele dafür sind öffentliche Kritiken zu Umweltgefährdungen wie Wasser-, Boden und Luftverschmutzungen, giftige Düngemittel, atomare Verseuchungen, u. a. durch

Abfälle der Atomindustrie; schädigende Einflüsse von Genmanipulationen, zu den Geschäften mit der Krankheit und dem Leben, Verfälschungen von Studien (siehe Ben Goldacre: „Die Pharma-Lüge“, 2013), sowie zu Spekulationen im Finanzbereich (Ursache der gewaltigen Finanz-, und Wirtschaftskrise) oder zu den massiven Rüstungsgeschäften. In der letzten RI Nr. 01-2014 wurde diese Problematik im Artikel „Technologische Abhängigkeiten vom Öl-, Chemie-, Pharma-Kartell beenden!“ aufgezeigt.

Sollte der Staat nicht die Regeln und die Grenzen der Freiheit, auch im Sinne des Wettbewerbs, überwachen, garantieren, Schäden und Gefahren von seinen Bürgern abwenden und die Verursacher solcher Entgleisungen zur Abstellung und zum Schadenersatz zwingen?

Das Problem ist nur, dass er selbst unter dem Einfluss der Wirtschaftsmonopolisten steht, ja von diesen heute weitgehend gesteuert wird. Das geschieht über den Einfluss o. g. Lobbyverbände oder auch einfach nach dem Drehtürenprinzip zwischen Politik und Wirtschaft. Da die Menschen diese Verflechtungen, die gegen Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und soziale Marktwirtschaft gerichtet sind, zunehmend erkennen, sieht sich dieses Kartell nun gezwungen, Überwachungseinrichtungen zu installieren. Vorratsdatenspeicherung eines jeden Bürgers ist das Ziel. Fühlen wir uns da wohl, wenn alle unsere Handlungen, selbst in der Privatsphäre, ausgespäht werden, der Telefon- und E-Mail-Verkehr, unsere Internet-Aktivitäten (besonders bei den sozialen Diensten Facebook, Twitter) und sogar unsere Rechner anlasslos überwacht werden? Durch Fehler oder auch gezielt gewollt, können Bürger in das Fadenkreuz von Geheimdiensten geraten. Der NSA-Skandal und die Verquickung mit deutschen Nachrichtendiensten zeigt, dass eine Kontrolle nicht möglich, nicht gewünscht ist. Orwells „1984“ lässt grüßen. Diese Massenbespitzelung ist ein Verstoß gegen die EU-Grundrechtscharta und gegen das Grundgesetz. Sollten wir uns nicht die Frage stellen, warum seitens des Staates trotzdem Versuche unternommen werden, dieses Ausspähsystem zu verteidigen und weiter auszubauen? Wovon haben diese Überwachungsfanatiker Angst?

Was können wir Bürger nun tun? Es gilt, den Druck auf die uns beherrschenden transnationalen Konzerne und ihre politischen Handlanger zu erhöhen. Keine Gefahr der Welt rechtfertigt es, Demokratie und Menschenrechte einfach abzuschalten. Denken wir einmal darüber nach, ob es nicht für uns überlebenswichtig ist, unsere eigenen Lebensinteressen, die der Familienangehörigen und der Mitmenschen wahrzunehmen und sich den Konzerninteressen entgegen zu stellen.

Zu dazu gibt es viele Möglichkeiten, z. B. unsere politischen Abgeordneten mit diesen Tatsachen konfrontieren, Volksentscheide zu initiieren, an weiteren demokratischen Aktionen und Unterschriftensammlungen teilnehmen. Schauen Sie auch auf diese Internetseite und unterstützen Sie unsere weltweite Initiative von Menschen und Gruppierungen zum „Aufruf für eine Bewegung des Lebens“: www.movement-of-life.org

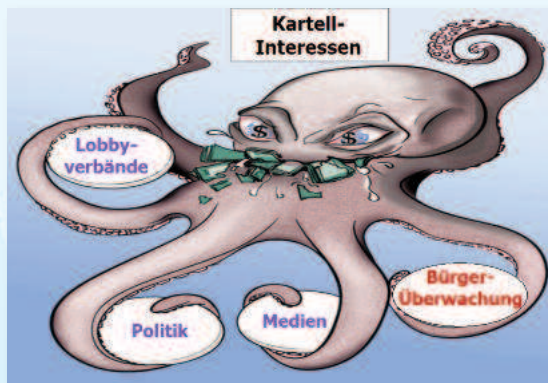


Abb.2: Das Kapital frisst seine Kunden